



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

x: Politischer Monatsbericht.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

müßten. Deshalb ist die verbreitete Hoffnung, den österreichischen Finanzen durch die Stiftsgüter aufzuhelfen, ebenso trügglich, wie manche andere, auf welche man leider ebenso fest baut. — Wir kommen darauf zurück.

Politischer Monatsbericht.

× Leipzig, den 26. Januar.

Das Verhältniß der Presse zu den gegenwärtigen Verwickelungen der großen europäischen Politik sieht in mehr als einer Beziehung dem Bilde gleich, welches Homer von den streitenden Troern und Griechen entwirft, deren Kriegsglück nicht durch die eigenen Waffen, sondern durch die Händel und Intriguen der Olympischen bedingt wurde. Das Resultat einer retrospectiven Betrachtung der letzten vier Wochen und ihrer Geschichte kommt für den Beobachter, dem um die Dinge selbst, nicht um das zu thun ist, was von ihnen gesagt wird, auf das Wissen vom Nichtwissen heraus. Wohl verkündet eine große Zahl unserer Zeitungsblätter den Lesern täglich mit beneidenswerther Unbefangenheit, die politische Lage sei genau die und die — aber diese absoluten Wahrheiten halten immer nur 24 Stunden lang vor und die zu ihrer Erhärtung angeführten Gründe haben, bei Licht gesehen, mit dem Einmaleins in der Göthe'schen Hexenküche verzeifelte Ähnlichkeit. Als die Verhandlungen über das Zustandekommen der pariser Conferenz schwebten, wußten die Conjectural-Politiker ganz genau, daß dieselbe nicht nur gesichert sei, sondern auch zu einem befriedigenden Abschluß des türkisch-griechischen Conflicts führen müsse — nur über die Grundlagen der Verhandlung war Niemand im Klaren; als die Diplomaten ihr Werk beendet hatten, gab es kein größeres Blatt, dessen pariser Correspondenten nicht die Lösung der obschwebenden Differenzen sicher vorausgesagt hätten — daß man nicht genau wisse, was eigentlich beschlossen worden, wurde nur in Parenthese bemerkt. Ebenso ging es mit dem österreichisch-preussischen Zeitungskriege zu. Warum derselbe erst mehrere Wochen nach der Veröffentlichung des wiener Rothbuchs ausbrach und warum er beigelegt wurde, als die Parteien erst recht in Feuer kamen, ist ein Geheimniß geblieben — auf welcher Seite das bessere Recht sei, glaubte nichtsdestoweniger jeder Deutsche zu wissen, der gelegentlich einen Leitartikel zu Stande gebracht hatte. Weder von dem wahren Causalzusammenhang der Differenzen zwischen Constantinopel und Athen, noch von der Stellung der meisten Großmächte zu demselben liegt

genaue Kunde vor; was Rußland und Preußen eigentlich wollen oder gewollt haben, läßt sich weder aus den officiellen, noch aus den journalistischen Kundgebungen dieser Staaten mit Sicherheit errathen; Frankreichs Haltung wird in Deutschland ganz anders beurtheilt als in Rußland oder Oestreich — und doch gibt es Leute, die dem Neubegonnenen Jahre bereits das Horoskop stellen und nicht nur genau wissen, was sie selbst wollen, sondern keinen Zweifel darüber aufkommen lassen wollen, was von Andern gewollt wird.

Wenn es wahr ist, daß ein Wahn, der uns beglückt, höheren Werth hat, als eine Wahrheit, die uns zu Boden drückt, so haben die Unwissenden das beste Theil erwählt. Uns will bedünken, die Nebel, welche über der nächsten Zukunft liegen, sind so dicht, daß nur Eines mit Gewißheit feststeht: bis zur nächsten Krisis in der großen europäischen Politik wird bei uns in Deutschland die freie, auf Selbstbestimmung des Volkes beruhende innere Entwicklung des Staatslebens auf die engsten Kreise beschränkt sein. So lange die Resultate des Jahres 1866 nicht nach Außen hin sicher gestellt sind, so lange diplomatische Rücksichten in erster Linie darüber bestimmen, wie sich unser Verhältniß zum Süden gestaltet, so lange Kriegsbesorgnisse die Fesseln, welche der prager Vertrag dem deutschen Selbstbestimmungsrecht auferlegt hat, immer enger ziehen und die Bestrebungen unserer süddeutschen Freunde gegenstandslos machen, so lange endlich eine bis an die Zähne bewaffnete Armee die einzige vernünftige Antwort ist, welche wir den Provocationen aus Wien und Paris geben können — so lange wird von ernstlichen Fortschritten der freiheitlichen Entwicklung, mag dieselbe auf den Parlamentarismus, die Selbstverwaltung oder die Erweiterung des neuen Bundes bezogen werden, auf die Dauer nicht die Rede sein können. Jede Veränderung und Störung der internationalen Beziehungen zwischen den europäischen Großstaaten wird und muß zur Frage nach der Zukunft Deutschlands werden, bis unsern Feinden noch ein Mal bewiesen ist, daß wir die Macht haben, uns jedes Darcinreden in die deutschen Dinge zu verbitten. Die orientalische und die römische Frage, die Entscheidung über den künftigen Schwerpunkt der östreichischen Monarchie und Frankreichs innere Gestaltung — sie alle stehen mit Deutschlands Zukunft in so engem Zusammenhang, daß jede Bewegung in ihnen auf uns zurückwirkt und wir je nach ihrer Configuration die Stellung einzurichten haben, welche wir zu unsern eigenen Aufgaben und zu der Regierung einzunehmen haben, welche zur Lösung derselben herangezogen werden muß.

Aber nur für die unverbesserlichste Kurzsichtigkeit kann das Unbehagen an dieser Situation zur Anklage gegen die neugeschaffenen Zustände werden. Wem hat zweifelhaft sein können, daß die Erhebung und Consolidirung Deutschlands zu einer Großmacht gewaltsam gegen den Neid und die Eifersucht der Nachbarn durchgesetzt werden müsse, daß unsere Mündigsprechung im Rath der europäischen Völker um so größere Schwierigkeiten zu überwinden haben würde, je länger sie verschoben worden und je älter und anspruchsvoller das Staatsbewußtsein der übrigen Völker geworden? Die Periode der Concentration aller deutschen Kräfte um einen Punkt, der Zeitopfer für die Durchführung längst gehegter und vollberechtigter Wünsche, der geduldbigen Vorbereitung zum Kampf um eine gleichberechtigter Stellung, sie war unausbleiblich, nachdem wir Slaven und Romanen ein halbes Jahrhundert lang mit der Hoffnung geschmeichelt hatten, Deutschland werde für alle Zeiten eine politische Kinderstube bleiben. Diese Periode muß durchgemacht werden, ohne Kleinmuth und schwächliches Verzagen an ihrem siegreichen Ausgang, aber auch ohne Illusionen über ihren Ernst und ihre Schwierigkeiten. Und zu diesen zählen wir in erster Reihe die unerfreuliche, aber

unveränderliche Thatsache, daß der Schwerpunkt alles staatlichen Lebens für eine Zeit lang wieder in die Cabinette verlegt ist und die auswärtige Politik und ihre Rücksichten bleiern auf der Entfaltung des innern Staats- und Volkslebens lasten. Eine von täglichen Kriegsmöglichkeiten umgebene Volksvertretung kann wenig mehr als ihre Tagesarbeit thun, einen erweiterten Einfluß auf den Gang der Staatsgeschichte vermag sie auch in dem Bestiß höchster innerer Reife nicht zu erzwingen.

Diese Umstände erklären zur Genüge, warum die fleißige Arbeit, in welche das berliner Abgeordnetenhaus seit dem Beginn des neuen Jahres getreten ist, ungleich weniger Beachtung gefunden hat, als zu andern, selbst materiell minder ergiebigen Zeiten, und daß die preußische Staatsregierung aus ihrer Empfindung, die eigentliche Herrin auch der innern Situation zu sein, fort und fort kein Geheimniß gemacht hat. Daß es nichtsdestoweniger zur Verständigung über verschiedene Streitpunkte gekommen ist, liefert in erfreulicher Weise den Beleg dafür, daß das Ministerium von der Conflictzeit nicht weniger gelernt hat, als die Kammer, und in richtiger Erkenntniß des wahren Charakters und der unveränderlichen Natur des preußischen Staates in der Zeit ihres erhöhten Einflusses besonderes Gewicht auf eine Verständigung mit der Volksvertretung legt. Die Einverleibung Lauenburgs in die Monarchie ist vom Grafen Bismarck bei Gelegenheit des Twisten'schen Antrags auf Einziehung des lauenburger Antheils an den von Preußen übernommenen Zinsen der dänischen Staatsschuld in directe Aussicht gestellt worden, die Abstriche des Hauses von dem Etat für das Jahr 1869 sind (einschließlich der verweigerten Summe für die Hilfsrichter des Obertribunals) so genau berücksichtigt worden, daß das Statgesetz mit allen Stimmen gegen zwei angenommen wurde; endlich ist in Sachen des Verkaufs der Köln-Mindener Eisenbahn die Indemnität des Landtags eingeholt und dadurch das Recht der Volksvertretung auf Zuziehung bei Veräußerung staatlicher Einnahmequellen offen anerkannt worden. Die Altconservativen haben diese Gelegenheit nicht unbenutzt gelassen, um ihre tiefe Verstimmlung darüber zu zeigen, daß die Tage vorüber sind, in denen das Bestreben, das Recht der Volksvertretung zu verkürzen, für das A und O aller conservativen Weisheit galt. In der Geschichte des parlamentarischen Lebens dürfte es beispielloß sein, daß eine Partei mit aristokratischen Präntensionen so hartnäckig bestrebt gewesen ist, ihren eigenen Einfluß dadurch zu erhöhen, daß sie das Recht des Körpers, zu welchem sie gehört und dem sie, staatsrechtlich betrachtet, ihre Existenz als solche verdankt, zu schmälern sucht. — Der Justizminister Dr. Leonhardt hat bei verschiedenen Gelegenheiten gezeigt, daß ihm selbst daran gelegen ist, die übeln Eindrücke zu verwischen, die sein conflictsdurstiger Eifer in einer bösen Stunde hervorgerufen hatte. Nicht nur, daß er dem Hause in Sachen der Hilfsrichter persönlich seinen veränderten Standpunkt bezeichnete: bezüglich des Rosch'schen Antrags auf Abschaffung des Judeineides hat er seine entgegenkommenden Absichten geflissentlich hervorgehoben, ebenso bei Gelegenheit des Wölffel'schen Antrags auf Abschaffung der Cheverbote wegen Standesungleichheit. Wir wissen wohl, daß die besondere Hervorhebung selbstverständlicher Forderungen des parlamentarischen Decorums für ein Vertrauensvotum an die Gesundheit unseres Constitutionalismus nicht gelten kann — wie die Dinge ein Mal liegen und in Unbetracht des reichlichen Gebrauchs, den der mit der rothen Demokratie verbündete Particularismus, von dem ärgerlichen Austritt im December v. J. gemacht hat, darf nicht unerwähnt bleiben, daß das damals gegebene Aergerniß ausgeglichen worden ist. Es ist das um so nachdrücklicher zu constatiren, als Dr. Leonhardt durch das in den letzten Tagen zur Vorberathung gekommene Hypothekengesetz aufs Neue den Beweis dafür geführt hat, daß die

liberale Presse allen Grund hatte, seine Berufung in das Justizministerium als eine Bürgschaft für die günstige Entwicklung der preussischen Rechtspflege zu begrüßen. Mögen die Berathungen in der Commission auch zu der einen oder der anderen Veränderung im Detail führen — die Annahme des Gesetzesentwurfs kann schon nach den Vorverhandlungen vom 23. Januar als gesichert angesehen werden; die Anstellungen welche Baehr und Laster an den Einzelbestimmungen gemacht haben, enthalten eine zu directe Anerkennung der Richtigkeit der Grundprincipien des Entwurfs, als daß die Herren Waldeck und Reichenperger Aussicht hätten, mit der principuellen Opposition, welche sie demselben machen wollen, durchzudringen. — Desto ungünstiger sind die Aspecten, unter denen das Mühler'sche Schulgesetz und die projectirte neue Kreisordnung das Licht der Welt erblicken werden. Das Schicksal des ersteren dürfte durch den Commissionsbericht bereits entschieden sein und wenn es sich auch bewahrheitet hat, daß das Gesamtministerium die Guleburg'schen Entwürfe einer vollständigen Umarbeitung unterzogen hat, so wird an dem Mißtrauen, mit welchem die Majorität denselben entgegensteht, dadurch schwerlich Etwas geändert werden. Daß schon die gegenwärtige Session zu einer neuen Kreis- und Provincial-Ordnung führen werde, war von vorn herein so unwahrscheinlich, daß man sich über die Schwierigkeiten, auf welche der neue Entwurf auch im günstigsten Falle stoßen wird, wohl auf keiner Seite Illusionen gemacht hat. Bei der ungeheuren Tragweite der durch diese neuen Organisationsgesetze in Wendung kommenden staatlichen Umgestaltung ist kaum darauf zu rechnen, daß auch nur innerhalb der einzelnen Fractionen eine Einigung über die Principien der wieder zu belebenden Selbstverwaltung stattfinden werde. Nach den bisher gemachten Erfahrungen liegt wenigstens die Annahme nah, daß der Gegensatz zwischen altpreussischen und nicht-altpreussischen Anschauungen darüber, was Selbstverwaltung heißt, aufs Neue zu Tage treten werden. Dessen zu geschweigen, daß die Demokratie in ihren hervorragendsten Führern wenig geneigt erscheint, der Starrheit des centralistischen Staatsbegriffs irgend Etwas zu vergeben. Steht die gesammte Lehre von dem Verhältniß des Staats zu provinciellen und communalen Individualitäten doch überhaupt in keinem der gebräuchlichen Partheikatechismen und lassen uns doch hier die sonst so einflußreichen Traditionen aus der Periode des abstracten Liberalismus, der es nie mit weniger als dem gesammten Staat zu thun hatte, so gut wie vollständig im Stich. Wie verhängnißvoll der Einfluß französischer Muster auf unser Staatsleben und unsere Partheidoctrinen gewesen, wird sich bei dieser Gelegenheit wahrscheinlich mit erschreckender Deutlichkeit zeigen!

Von dem parlamentarischen Leben der übrigen deutschen Staaten ist trotz der vielgerühmten größeren Freiheit desselben wenig zu sagen. In Stuttgart hat die mit der nationalen ad hoc verbündete Regierungs- und Mittelpartei einen entschiedenen Sieg über den preußenfeindlichen Radicalismus davongetragen, Baiern hat sich mit dem von Herrn von Arnbühler bezeichneten Standpunkt einverstanden erklärt — auf die Oppositionsmänner von Offenbourg scheinen die entschiedene Haltung des Ministeriums Jolly und die Mißbilligung ihrer Sonderbündelei durch die norddeutsche Presse einen so nachhaltigen Eindruck gemacht zu haben, daß die Führer eingelenkt und erklärt haben, sich mit einem „strammen“ Zusammengehen der liberalen Parteien begnügen zu wollen. Sachsen rüstet zu den Landtagswahlen, den ersten die nach dem reformirten Wahlgesetz und ohne Ausschluß der Deffentlichkeit vorgenommen werden, in Mecklenburg hat der zu Malchin versammelte Landtag durch Bewilligung eingreifender Umgestaltungen des Steuerwesens neue Löcher in die alte Feudalverfassung schlagen müssen. Ist auch

die gehobene Stimmung, welche die Erfolge von 1866 allen Freunden der nationalen Sache eingeflößt hatten, fast überall verslogen, so nimmt die Consolidirung der neu geschaffenen Verhältnisse doch allenthalben ruhigen Fortgang und ist an die Stelle der abwehrenden Scheu vor der neuen Ordnung der Dinge friedliche Gewöhnung, der Vorläufer wirklicher Zufriedenheit getreten. Der nächste Reichstag wird dem norddeutschen Bunde eine Erweiterung seiner Machtssphäre auf verschiedenen wichtigen Lebensgebieten bringen; wichtiger noch, als die Uebertragung des Stats des auswärtigen Ministeriums auf das Bundesbudget, erscheinen die im Bundeskanzleramt getroffenen Vorbereitungen zu directerer Controle des Eisenbahnwesens. Der Widerstand, den das preußische Handelsministerium dieser Bewegung zu leisten Miene macht, wird von der Majorität des Reichstags, dessen Interessen in diesem Fall mit denen des Bundeskanzleramts zusammenfallen, mühelos zum Schweigen gebracht werden — wird die Erkenntniß von der Nothwendigkeit einer einheitlichen Leitung des Eisenbahnwesens doch von dem gesammten Handelsstande und den Vertretern des wirthschaftlichen Fortschritts längst getheilt.

Während das englische Parlament in die Ferien geschickt worden ist, um den neuen Ministern Zeit zur Durchsehung ihrer Neuwahlen und zur Vorbereitung ihrer Vorlagen zu gönnen, Frankreichs gesetzgebender Körper wohl eröffnet worden ist, seine regelmäßigen Arbeiten aber noch nicht aufgenommen hat, sind die beiden Häuser des wiener Reichsraths schon seit längerer Zeit wieder an die Arbeit gegangen. Wenn man die Zeitungsberichte über die Verhandlungen dieser Körperschaften liest, so möchte man meinen, das Oestreich, dessen Interessen in ihnen discutirt werden, habe mit dem österreichischen Staat, dessen Staatskanzler der Graf Beust ist und dessen Namen uns begegnet, so oft von der orientalischen oder einer andern Frage der großen europäischen Politik die Rede ist — schlechterdings Nichts zu thun. Im Reichstag wird so ausschließlich von den inneren Staatsbedürfnissen und von den Maßregeln zur Durchführung der im vorigen Jahre beschlossenen neuen Gesetze gehandelt, als ob es für den Kaiserstaat gar kein Ausland und gar keine große Politik, keinen orientalischen Conflict und keine Möglichkeit eine Friedensstörung gebe, und als habe Oestreich mit der unermüdlchen diplomatischen Vielgeschäftigkeit seines Premiers schlechterdings Nichts zu thun. Man beräth Vorschläge zur Bekämpfung der bishöflichen Opposition gegen das Ehegesetz, man wechselt die alten österreichischen Obligationen gegen die Papiere der neuen Rentenschuld ein, stellt Erwägungen darüber an, ob die Regierung verpflichtet sei auch die ihr mißfälligen Beschlüsse der Provinziallandtage (die bisher eingebrachte Interpellation hat es zunächst mit den Anträgen der lemlberger Versammlung vom Sommer v. J. zu thun) vor die Reichsvertretung zu bringen, man creirt einer neuen Pairschub, um das Gesetz über die Schwurgerichte durch das Herrenhaus zu bringen — nur von den Dingen ist mit keinem Wort die Rede, an welche das übrige Europa zunächst denkt, wenn von Oestreich und österreichischer Politik die Rede ist. Das System des Dualismus hat den Grafen Beust in die glückliche Lage versetzt, seine auswärtige Politik auf eigene Hand und ohne jede Verpflichtung zu Rechenschaft vor der Volksvertretung treiben zu können; haben die Parlamente Ungarns und Cisleithaniens die zur eventuellen Unterstützung seiner Noten und Depeschen erforderlichen Militärkräfte bewilligt, so hat der Reichskanzler volle zwölf Monate lang für den Schauplatz seiner Lieblingsthätigkeit fast völlig freie Hand, ein Umstand, der wesentlich dazu beigetragen haben mag, den weiland hochconservativen sächsischen Minister mit dem Parlamentarismus zu versöhnen. Sein Reich hat mit „dieser Welt“ der Staatsschulden-, Concordats- und Unterrichtsgesetze im Grunde Nichts zu

thun, nach Bucharest, Constantinopel und Belgrad dringen die Blicke auch der mißtrauischsten Oppositionsmänner nicht so leicht, und einzig das unbecome Ungarn erinnert den genialen Staatsmann daran, daß er noch nicht in der „besten Welt“ angelangt ist. Die Zeitungsgerüchte über Mißhelligkeiten zwischen dem Reichskanzler und dem Grafen Andrassy sind im Drang der ungarischen Wahlkämpfe (die das längst vorhergesagte Zusammengehen der Linken mit der äußersten Linken zur Thatsache gemacht haben) neuerdings wieder verstummt; daß sie nicht unbegründet waren, hat sich durch die Stellung der ungarischen Presse zu dem österreichisch-preussischen Zeitungskriege und durch die Artikel, welche der Pesther Lloyd der Beendigung desselben widmete, mehr als bestätigt. So lange die Deak-Partei am Ruder bleibt — und der Ausfall der Wahlen ist der Fortdauer ihrer Herrschaft günstig gewesen — wird Ungarn zwar niemals directer Bundesgenosse der preussisch-deutschen Politik werden; die Interessen beider Staaten sind aber zu eng mit einander verbunden, als daß sie sich auf die Dauer verleugnen ließen. Daß Ungarn eine Wiederaufnahme des österreichischen Supremats über Deutschland zu fürchten Grund hat, kommt eigentlich erst in zweiter Reihe in Betracht — hat es doch Zeiten gegeben, in denen kein principieller Gegensatz zwischen dem großdeutschen Programm und der Partei der ungarischen Rechtscontinuität bestand, und haben doch beide Richtungen noch heute in dem Gegensatz gegen den Föderalismus ein mächtiges Bindeglied. — Preußens Freundschaft hat in den Augen der Magyaren aber dadurch einen unveräußerlichen Werth, daß diese Macht wegen ihrer nahen Beziehungen zu Rußland allein im Stande ist, dem unveröhnlichen Hass des Panславismus gegen das aristokratische Magyarenthum Schranken anzulegen. So lange die pesther Staatsmänner der berliner Regierung gegen das Zustandekommen eines preußenfeindlichen Bündnisses der Cabinette von Wien und Paris Bürgschaft leisten, ist Preußen Ungarns natürlicher Anwalt gegen den russischen Antagonismus. Hört Preußen auf, der ungarischen Sache in Petersburg das Wort zu reden, hat Oesterreich von ungarischen Sympathien für Preußen Nichts mehr zu fürchten, so stehen die Magyaren inmitten einer Welt von slavischen Feinden isolirt da, denn sie wissen sehr wohl, daß Oesterreich bei seinem Ausgleich von 1867 bloß aus der Nothwendigkeit eine Tugend gemacht hat und zwar eine Tugend, die ihm bei dem größten Theile seiner Staatsangehörigen nicht als Vorzug angerechnet wird. Bei der Entschiedenheit, mit welcher man den Dualismus russischer Seits als Beeinträchtigung des Interesses und der Würde der Slawen verurtheilt, bildet Ungarn für die preussisch-russischen Beziehungen nur eine Schwierigkeit, und die Magyaren haben allen Grund, Preußens Glauben an die Aufrichtigkeit ihrer Friedensfreundschaft auf nicht allzuharte Probe zu stellen. Daß „Preußen“ — wie der officieuse Invalide sich ausdrückt — „für das System des österreichisch-ungarischen Dualismus noch lebhafter eingenommen, als irgend eine der Parteien in diesen Ländern selbst“, bildet in den Augen der russischen Nationalpartei den schwersten aller dem Grafen Bismarck gemachten Vorwürfe, den Haupthebel der Moskauer Wünsche für eine russisch-französische Alliance.

Als Herr von Lavalette am Ausgang des vorigen Jahres in die Stelle de Moustier's trat („des Clericalen von der schlechtesten Sorte“, wie man in Moskau sagte), war die Hoffnung auf eine russisch-französische Entente in der orientalischen Frage und ein an diese anknüpfendes Bündniß das Lieblings-thema der russischen Presse. In Frankreich selbst hat man von Hause aus anders geurtheilt; die Regierungspartei will von keinem Bündnisse wissen, das zugleich den Frieden und die guten Beziehungen zu Oesterreich stören könnte, die liberale Opposition wartet mit Ungeduld auf die Beilegung des

türkisch-griechischen Zwistes, dessen Fortdauer die Aufmerksamkeit der Pariser von den Angriffen abziehen würde, welche gegen die innere Politik des Kaiserreichs vorbereitet werden. Die Thronrede, mit welcher die Session der Kammern am 18. Januar eröffnet wurde, ist trotz ihres friedlichen Tenors in Beziehung auf die auswärtige Politik ziemlich nichtsagend — ihre Hauptwichtigkeit beruht auf der Stellung, welche der Kaiser zu den innern Fragen einnimmt. Das persönliche Regiment und die persönliche Verantwortlichkeit des Staatsoberhauptes werden mit einer Schärfe und Entschiedenheit in den Vordergrund gestellt, welche alle Zweifel daran ausschließt, daß das bisherige System aufrecht erhalten werden soll und daß von weiteren Concessionen an die Volkswünsche nicht die Rede ist. Das Kaiserthum, das sich auf die Massen stützt, rechnet nur mit diesen und so lange das Landvolk ruhig bleibt, Armee und Clerus in der Aufrechterhaltung des status quo ihr Interesse sehen, gelten die Unzufriedenheitsäußerungen der gebildeten Classen für Verleumdungen und Sophismen, welche kaum die Oberfläche bewegen. Zu welcher dieser beiden Kategorien die Klagen über die nicht enden wollenden Baudin-Processe und die Verabschiedung des toulouser Procurators Baron Séguier gehören, wird freilich nicht gesagt. Wenn der Kaiser aber darauf rechnet, daß auch diese Verletzungen des nationalen Rechtsgefühls, wenn sie sammt den Blutschenen auf der Insel Réunion in der Kammer zur Sprache kommen, bloßen Lärm und zwar einen Lärm machen werden, den der nächste Lärm über eine pariser Stadtgeschichte überkäubt — so hat er nach den Erfahrungen der beiden letzten Jahre nicht eben Unrecht. Man braucht nur den parlamentarischen Maßstab der dreißiger und vierziger Jahre an die Verhandlungen des corps législatif von 1865, 1866 und 1867 zu legen, um gewahr zu werden, wie ungeheuer die Rückschritte sind, welche Frankreichs politische Bildung und namentlich die Kriegskunst der liberalen Opposition zufolge der Kirchhofsstille gemacht hat, welche den revolutionären Stürmen von 1848 und 1849 folgte und fast ein Jahrzehnt lang andauerte. Trotz des leidenschaftlichen Kampfes mit einer brutalen, das ABC alles parlamentarischen Anstandes mit Füßen tretenden Majorität, haben die in der Opposition vereinigten Führer der alten Parteien es bis jetzt nicht nur nicht dahin bringen können, in den wichtigen answärtigen Fragen, welche im Vordergrunde der Volkstheilnahme standen, zusammenzugehen, ihre selbstgefällige Eitelkeit ist so groß gewesen, daß die einzelnen Redner um des ordinären Effects willen keinen Anstand nahmen, auch in Principienfragen ihr Licht auf Unkosten der gemeinsamen Parteiliebe leuchten zu lassen. Grade die ausgezeichnetesten der liberalen Wortführer repräsentiren die alten Schwächen des französischen Parlamentarismus in so eminenten Weise, daß von wirklicher Fühlung zwischen ihnen und den Bedürfnissen der neuen Generation nur ausnahmsweise die Rede sein kann und es im Grunde nur die gemeinsame Antipathie gegen die despotische Willkür der Machthaber ist, welche die gebildeten und freisinnigen Franzosen der Jetztzeit zu Hintermännern der Thiers, Glaize, Favre und des verstorbenen Berryer machte. Zieht man endlich in Betracht, daß der während der letzten Session ausgefochtene Kampf um die Erneuerung des englisch-französischen Handelsvertrags einzelne der berühmtesten Freiheitspartisanen in das Lager des Protectionismus führte, während die Regierung das Freihandelsystem und die wirthschaftlichen Zeitideen verteidigte, so wird man sich nicht darüber täuschen können, daß die gegenwärtige Opposition dem Kaiserreich wohl Verlegenheiten, nicht aber ernste Gefahren bereiten kann. Ein Erfolg dieser Opposition läßt sich zwar schon gegenwärtig nicht beitreiten, seine Früchte werden aber erst von der Zukunft, freilich einer nicht mehr

entfernten, gepflückt werden: die Schattenseiten des gegenwärtigen Systems sind klar genug ins Licht gesetzt worden um einen von den bisherigen Ergebnissen wesentlich verschiedenen Ausfall der Wahlen zu verbürgen. Der feste Glaube der kaiserlichen Thronrede daran, daß das französische Volk diese Gelegenheit dazu benutzen werde, der Regierung ein allgemeines und uneingeschränktes Vertrauensvotum zu geben, dürfte selbst unter den Getreuesten seiner Getreuen nur noch wenige Gläubige finden. Daß den Neuwahlen ein Krieg vorübergehen werde, ist gegenwärtig unwahrscheinlicher als je früher; der Eindruck unter dem die Wähler an die Urnen treten, wird mithin der sein, das das äußere Ansehen des Kaiserreichs durch die zahlreichen Enttäuschungen der letzten sechs Jahre vermindert worden ist, während die Staatsschuld fortwährend zunahm, das Maß der auf dem Volk ruhenden Lasten vermehrt wurde und das öffentliche Wohagen sich verminderte. Je mehr die Eindrücke verblasen, welche die gegenwärtigen Repräsentanten der gebildeten Klasse aus der Zeit der permanenten socialistischen und radicalen Ruhestörungen mitgebracht haben, desto greller treten die Rückschritte hervor, welche Frankreich unter der Herrschaft der „Ordnung“ in Bezug auf bürgerliche Freiheit und öffentliche Moral gemacht hat, desto dringender macht sich der Anspruch geltend, das Vaterland der modernen continentalen Ideen nicht mehr von den Vorzügen ausgeschlossen zu sehen, deren sich die übrigen Culturvölker des Welttheils in aufsteigender Linie erfreuen. Ueberdies ist die finanzielle Lage eine tägliche Mahnung an den hohen Preis, den der Staat für die Segnungen einer achtzehnjährigen Ordnung, „wie sie in der neueren Geschichte Frankreichs ohne Beispiel ist“, zahlen mußte. Der Magne'sche Budgetvoranschlag hat, trotz seiner pomphaften Ankündigung, daß es keines rectificativen Budgets bedürfen werde, daß die schwebende Schuld vermindert, die Summe der indirecten Einnahmen gewachsen sei, im Publicum und in der Presse eine so ungünstige und ungläubige Aufnahme gefunden, daß über die Erschütterung des Staatscredits im eigenen Lande alle Zweifel ausgeschlossen sind.

Freilich können die pariser Finanzkünstler sich noch immer damit trösten, daß ihre Geldverhältnisse günstiger und geordneter sind, als die aller übrigen romanischen Staaten Europas. In Italien, wo das Ministerium angesichts der Unruhen über die Wahlsteuer und der Unzufriedenheit der liberalen Parteien im Parlament einen überaus schwierigen Stand hat, weist das Budget für 1869 trotz einer außerordentlichen Einnahme von 70 Millionen (für den Verkauf von Kirchengütern) ein Deficit von 12 Millionen auf, und will Herr Cambray-Digny das Steigen der Rente auf 70 abwarten, ehe er eine neue Anleihe abzuschließen versucht; in Portugal hat die Unfähigkeit des Staats, die Zinsen der englischen Anleihe zu zahlen, zu einer Ministerkrisis geführt, in Spanien sucht man sich durch Ersparnisse aller Art aus den Verlegenheiten zu ziehen, in welche die provisorische Regierung durch die heillose Wirtschaft ihrer Vorgänger und den neuen Stoß gerathen ist, welchen die andalusischen Schilderhebungen dem Staatscredit gegeben haben. Der Ausfall der Corteswahlen ist wider Erwarten der Sache der constitutionellen Monarchie, mit welcher sich die Herren Prim, Serrano und Dlozaga identificirt haben günstig gewesen — freilich nur unter der Voraussetzung, daß die Demokraten mit den monarchischen Liberalen besser zusammengehen, als bisher. Des italienischen Generals Cialdini dauernder Aufenthalt in der spanischen Hauptstadt hat die halbvergessene Candidatur des Herzogs von Aosta wieder in Curs gesetzt und zu der Entdeckung geführt, daß das savoyische Königshaus auf Grund der bei Beendigung des großen spanischen Erbfolgekriegs geschlossenen Verträge, als das zur Thronfolge nächstberechtigte anzusehen ist. Schwerer als diese Berufung auf das historische Recht wird der

Umstand wiegen, daß der einzige neben dem italienischen Prinzen genannte Candidat, der Herzog von Montpensier, auf den Widerspruch Frankreichs stoßen würde und daß England ein näheres Interesse daran hat, den Sohn Victor Emanuel's auf dem Bourbonenthron zu sehen, als einen Sprossen des exilirten und halb vergessenen Hauses Orléans. — Die clericale Opposition in Spanien hat inzwischen einen neuen Beweis ihres ruhelosen Eifers und ihres weitgreifenden Einflusses auf die Volkstinstincte geliefert: noch bevor der erste öffentliche protestantische Gottesdienst in der Heimath katholischer Intoleranz abgehalten wurde, ist der Regierung eine von fünfzehntausend, zum Theil den angesehensten Familien angehörigen Frauen und Mädchen unterzeichnete Adresse übergeben worden, welche im Namen der nationalen Tradition gegen jede Störung der spanischen Glaubenseinheit feierlichen Protest erhebt und mindestens als Vorläufer ähnlicher Manifestationen von anderer Seite ins Gewicht fällt. — Zunächst steht die Entscheidung über die künftige Staatsform und die mit dieser zusammenhängende Thronfolge an der Spitze der spanischen Tagesordnung und bis zu ihrer Erledigung sind alle übrigen Regierungsmaßnahmen bloße Provisorien.

Eine andere, freilich minder schwierige Thronfolgefrage ist im Norden Frankreichs, in Belgien durch den Tod des Herzogs von Brabant ausgethan worden; damit der Graf von Flandern seinem nunmehr kinderlosen Bruder succedire, bedarf es nicht nur der Einwilligung dieses Fürsten, sondern auch einer förmlichen Wahl durch die Kammern. Nachdem England noch vor Kurzem erklärt hat, es werde die Aufrechterhaltung der belgischen Unabhängigkeit unter allen Umständen als eine dringende Forderung der brittischen Ehre und des brittischen Interesses ansehen, sind die Besorgnisse vor einer Belgiens Sicherheit gefährdenden französischen Einmischung in die Thronfolgefrage als wenigstens vorläufig beseitigt anzusehen.

Die wenigen Tage, welche noch bis zum Schluß des Januars ausstehen, sollen Griechenlands Antwort auf die Forderungen bringen, welche die Conferenz an die Vernunft und das Rechtsgefühl dieses turbulenten kleinen Staats gestellt hat. Je näher der Zeitpunkt der Entscheidung rückt, desto unruhiger zeigen sich die Aulgurn, welche die Erreichung des von der Conferenz angestrebten Ziels schon vor Wochen als gesichert bezeichneten. Bevor die Antwort der Regierung von Athen vorliegt, läßt sich weder sagen, wie die Sache enden wird, noch welche Stellung die einzelnen Großmächte zu derselben in Wahrheit einnehmen. Die Pforte hat in den Verhandlungen über die Ausweisung der griechischen Unterthanen eine Festigkeit bewiesen, wie sie ihr weder von Freunden noch von Feinden zugetraut worden; sie wird sich für den Fall der Weigerung Griechenlands kaum daran hindern lassen, Ernst zu machen und die relativ reichlichen Mittel, welche ihr von den africanischen Vasallenstaaten zur Verfügung gestellt sind, zur Geltendmachung ihres Rechts zu gebrauchen. Oestreich und England werden sie nicht daran verhindern, Frankreich, dessen Presse im Gegentheil „Gensdarmendienste“ für die Türkei fürchtet, wird sich auch schwerlich auf einen Conflict mit Englands orientalischer Politik einlassen. Und Rußland? Die Zuversicht der officiösen Federn, welche täglich verkünden, das petersburger Cabinet habe in Athen dringend zum Gehorsam gegen die Conferenzbeschlüsse gerathen, wird durch den Eifer Lügen gestraft, mit welchem dieselben Journale die Nachricht dementiren, eine russische Flotille sei trotz des baltischen Eises bereits auf dem Wege zum Piräus.